

Und sie bewegt sich doch

Die europäische Arbeiterbewegung hat nicht gebracht, was wir 68erInnen von ihr erwartet haben. Sie deshalb für tot zu erklären und totzuschweigen ist völlig unangebracht, wie der folgende Artikel über Arbeiterkämpfe in Europa 20 Jahre später zeigt.

Dass die italienischen Eisenbahnen manchmal mit Verspätung fahren, gehört zu den Erlebnissen einer italienischen Reise, wie ein Teller Spaghetti als "primo". Dass die

Von Bruno Bollinger

Verspätung der Züge oft durch Streiks verursacht wird, ist auch nicht neu. Neu ist aber, dass die Streiks der EisenbahnerInnen in den letzten Monaten nicht von den Gewerkschaften, sondern von Basiskomitees organisiert werden, die sich zeitgemäss Cobas (Comitati di base) nennen.

Cobas in Italien

Allerdings gibt es bei den italienischen Eisenbahnen eine eigene gewerkschaftliche Tradition. Die autonomen Gewerkschaften waren in diesem Bereich schon immer stark. Diese Organisationen haben jedoch nichts mit den Spontis zu tun, standen eher rechts und sind nicht den drei Dachverbänden CGIL, CISL, UIL angeschlossen.

Die Cobas sind aber nicht eine neue autonome und korporatistische Gewerkschaft, sondern eine regelrechte Basisbewegung. Hauptakteure sind die jungen Schichten, die schon "68" getragen und vorwiegend im öffentlichen Dienst ihre Jobs gefunden haben. Die Cobas gibt es nicht nur bei der Eisenbahn, sondern auch in den Schulen. Lehrerinnen und Lehrer aller Stufen taten sich zusammen und organisieren seit Monaten ihre Kämpfe selber.

Die nationale Zusammenarbeit der Cobas blieb auf die Organisation der Kämpfe beschränkt. Inzwischen ist aber der Versuch im Gange, eine einständige nationale Koordination auf die Beine zu stellen. Der linke Flügel der CGIL, die "democrazia consigliare" (Rätedemokratie), unterstützt die Cobas und versucht, sich mit ihnen zu verbinden.

Die offizielle Gewerkschaftsführung reagiert auf das Phänomen auf ihre Art. Mit der Regierung und den Arbeitgebern zusammen versuchen sie, ein "Streik-Reglement" zusammenzustellen, was einer Einschränkung des Streikrechts gleichkäme. Kernpunkt der Regelung wäre, dass sozusagen eine "Streikbewilligung" bei irgendeiner Instanz eingeholt werden müsste. Damit ist nun auch angesagt, welches das Ziel der nächsten Kämpfe der Cobas und der kämpferischen GewerkschafterInnen sein wird.

Spanien

Ende November des letzten Jahres fand der IV. Nationale Kongress der

Arbeiterkommissionen statt. 500 Mitglieder dieser Gewerkschaft und VertreterInnen der "gewerkschaftlichen Linken" hatten zu diesem Anlass ein Manifest präsentiert, das sich als eine alternative Linie versteht. Die UnterzeichnerInnen des Manifests sind Mitglieder der LCR, der Sektion der IV. Internationale im spanischen Staat, der MC (Movimiento Comunista) und unabhängige GewerkschafterInnen. Bei den Vorstandswahlen gewannen sie mit 15% der Stimmen 4 Sitze.

Kernpunkt des Manifests ist die Forderung nach einer kritischen Bilanz der Linie der "konzertierten Aktion" und der "nationalen Souveränität". Das Manifest verlangt eine klare Klassenpolitik, um den neuen Herausforderungen zu begegnen, die die kapitalistische Offensive für die Gewerkschaften bedeutet. Die Arbeiterkommissionen hätten zwar, im Gegensatz zur UGT, nicht alle Abkommen mit der Regierung unterschrieben. Die Führung habe jedoch die Basis gebremst.

Schweden: Sie bewegt sich wieder

Der Mord an Olof Palme am 28. Februar 1986 war für die schwedische Arbeiterbewegung ein regelrechter Schock. Die innergewerkschaftliche Opposition, die in den 70er Jahren mühsam aufgebaut worden war, erlitt einen schweren Rückschlag, die Kampfbereitschaft der Gewerkschaften ging zurück.

Seit einigen Monaten regt sich jedoch die Arbeiterbewegung

wieder. Die erste Welle der Proteste ging vom öffentlichen Sektor aus. Höhepunkt war der Streik der MetallarbeiterInnen, welche im Januar die schwedische Maschinenindustrie zum Stillstand brachten. Nicht verschont blieben die "Schweizer" Betriebe Asea-BBC und Landis&Gyr. Die Unternehmer reagierten mit der Aussperrung von 50'000 ArbeiterInnen. Sie mussten trotzdem Lohnerhöhungen zugestehen.

Grossbritannien: Eine Million im Kampf

Auch bei "Maggie" haben die Lohnabhängigen wieder die Kraft gefunden, das Haupt zu erheben. Die Niederlage der Minen-Arbeiter und ihrer Frauen hatte tief, aber nicht endgültig gewirkt. Über eine Million Werktätige sind in verschiedenen Arbeitskonflikten engagiert. Gekämpft wird in vielen Sektoren: In London sind es die Lehrenden, in Liverpool die EisenbahnerInnen, die PösterInnen und die Feuerwehrlente, in der Automobilindustrie wird bei Ford gestreikt, im Spitalbereich sind es vor allem die Krankenschwestern, welche den Ton angeben, und selbst bei den Matrosen wird gegen Entlassungen gekämpft.

Höhepunkt war der nationale Streik am 3. Februar, der zwar von keiner Gewerkschaft auf nationaler Ebene ausgerufen worden war, der aber trotzdem grosse Unterstützung fand. Testcharakter hatte der Kampf in den verschiedenen Ford-Betrieben. Ein so breiter Kampf hatte in der englischen Industrie seit zehn Jahren nicht mehr stattgefunden. Die Beschäftigten wehrten sich gegen die Pläne der Unternehmungen, welche Lohnabbau und Flexibilisierung der Arbeitszeit vorsehen. Sie erreichten eine 14prozentige Lohnerhöhung, aber keine Rücknahme der Flexibilisierung. Nach dem Ende des Ford-Streiks begann ein neuer bei Land Rover.

BRD: Auf Ruhr! Aufruhr! AUFruhr!

Über den Kampf bei der Krupp AG in Rheinhausen haben wir in der "bresche" Nr. 329 vom 15.2.88 ausführlich berichtet. Die Parole "Auf Ruhr! Aufruhr! AUFruhr (Arbeit, Umwelt, Frieden)!" hat gegriffen. Die Bevölkerung unterstützt den Kampf der KruppianerInnen gegen Entlassungen und die Forderung nach Vergesellschaftung der Stahlindustrie. Die Linke in den Gewerkschaften hat die IG Metall und andere DGB-Gewerkschaften dazu gebracht, die Mobilisierungen voranzutreiben. Kein Tag vergeht ohne Kundgebungen oder Mahnwachen. Ende Februar formierten 80'000 TeilnehmerInnen eine 73 Kilometer lange Menschenkette vom Krupp-Werk in Rheinhausen bis zur Hoehchst-Westfalen-Hütte in Dortmund.

Unterdessen haben auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ihre Tarifverhandlungen mit kämpferischen Mitteln angefangen. Hunderttausende versammelten sich Ende Februar in Stuttgart zu einer Grosskundgebung. Zentrale Forderung der Öffentlichen ist eine Verkürzung der bisherigen 40-Stunden-Woche. Buchstäblich in den Rücken der Kämpfenden gefallen sind einige SPD-Politiker, unter ihnen der als Linker geltende Lafontaine: Arbeitszeitverkürzungen sollen auch mit gewissen Lohnneinbussen tragbar sein. Die Gewerkschaften haben zu Recht heftig darauf reagiert. Die Forderung lautet nach wie vor: 35-Stunden-Woche ohne Lohnneinbussen!



Hunderte von Angestellten demonstrierten im Rahmen der Warnstreik-Welle am 23. Februar vor dem Kieler Rathaus für die 35-Stunden-Woche und Lohnerhöhungen von insgesamt 5 Prozent. Gleichzeitig fiel ihnen der SPD-"Linke" Oskar Lafontaine in den Rücken, indem er Arbeitszeitverkürzung mit Lohnverzicht predigte: "Wenn die Lehrer etwas weniger Stunden arbeiten - ohne vollen Lohnausgleich - wäre es kein Problem, die Lehrerarbeitslosigkeit zu beseitigen. Das können Sie ebenso für ungezählte (!) Berufsgruppen durchrechnen." Als Gewerkschaftsvertreter erklärten, diese Ausserungen stellten eine "un glaubliche Erschwernis für die Tarifrunden dar" (Steinkühler), kartete Lafontaine nach: "Mein Vorschlag gilt ausdrücklich für den öffentlichen Dienst." Verallgemeinert und knüppeldick kann man solches in dem Buch lesen, das der Saarländer gleichzeitig schreiben liess. Der "Markt und das freie Unternehmertum" dürften "nicht infragegestellt" werden. Vorstände brauchen "attraktive Gehälter und Dispositionsspielraum". Geschaffen werden sollen "Mitarbeiterbeteiligungen". Und überhaupt: "Was wir nicht wollen, ist, dass etwa 10'000 Automobilarbeiter in Volksabstimmung entscheiden, was jetzt investiert werden muss." Blickrichtung Rheinhausen.

Gut zur innenpolitischen Kanzler-Wende Lafontains passt der aussenpolitische Rechtsrutsch, den er bereits vor einem Jahr vollzog: "Ich halte die Nato für reformierbar. Ich möchte nur mehr Souveränität für die Bundesrepublik."

Wolfgang Zimmermann, Personalratsvorsitzender der Rheinischen Landesklinik, erklärte in einem Interview: "Bei 2,7 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst werden die sich mit Händen und Füssen gegen Arbeitszeitverkürzung und wirkliche Lohn- und Gehaltsanhebung wehren. In den Haushaltsplänen wird von einer Steigerung von einer Steigerung zwischen 2,5 bis 3 Prozent ausgegangen. Es ist doch klar, dass das nicht einmal nur für vernünftige Arbeitszeitverkürzung reicht. Die Sache wird in dieser Tarifrunde zum Dollpunkt werden, denn ich gehe nicht davon aus, dass die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes sich auf Kompromisse unterhalb der Wochenarbeitszeitverkürzung einlassen können. Andererseits wird diese Regierung freiwillig keine Umverteilung zugunsten der Beschäftigten im öffentlichen Dienst betreiben, und etwa bei der Rüstung und der Bedienung der Reichen sparen. Also denkbar ist, dass sie in der nächsten Verhandlungsrunde das Lohn- und Gehaltsangebot anheben, vielleicht auch wieder mit freien Tagen kommen, aber ansonsten müssen wir heute von einer sturen Haltung ausgehen."